

Richard R. Ernst
Der Chemiker und
Nobelpreisträger von
1991 galt als Vater
des MRI. **6**

Daniel Kahneman
Der Psychologe gibt
Ratschläge, wie man
zu erfolgreichen
Urteilen kommt. **23**

Roger Nitsch
Der Mediziner erklärt,
weshalb es schwierig
ist, Wirkstoffe gegen
Alzheimer zu finden. **27**



Nora Steiner
Die Autorin inszeniert
ihr Stück über das
Frauengefängnis
Hindelbank. **28**

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Mittwoch, 9. Juni 2021 — 172. Jahrgang, Nr. 131 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Heute im «Bund»

In digitale Falle getappt

Weltweite Razzien Es geht um Drogen, Waffen, Auftragsmorde: Bei Einsätzen in sechzehn Ländern nahm die Polizei 800 Kriminelle fest. Die Ermittler sprechen von einem grossen Schlag gegen das organisierte Verbrechen. **Seite 4**

Kritik an Gewerkschaften

Rahmenabkommen Arbeitgeber-Chef Valentin Vogt geht nach dem Scheitern des EU-Deals auf Konfrontationskurs mit den Gewerkschaften. Im Interview kritisiert er unter anderem deren «sture» Haltung beim Lohnschutz. **Seite 5**

Freispruch gefordert

Hausbesetzer Die Verteidigung hat im «Effy 29»-Prozess die Einstellung des Verfahrens sowie den Freispruch aller Personen in allen Anklagepunkten gefordert. Die Anklageschrift sei eine «Bankrotterklärung». **Seite 15**

Vierkampf ums Präsidium

Münsingen Vor vier Jahren wurde Münsingens Gemeindepräsident Beat Moser (Grüne) in stiller Wahl bestätigt. Am 13. Juni wollen ihm nun drei Männer das Amt streitig machen, darunter auch ein Kandidat der SP. **Seite 17**

Testen vor den Ferien

Corona Je näher die Ferien rücken, desto grösser wird die Nachfrage nach Corona-Tests. Wo kann man sich im Kanton Bern testen lassen? Und wann ist der Antigen-, wann der PCR-Test sinnvoll? **Seite 19**

Meinung & Analyse

«Die SP sieht in der Abschaffung des ersten Teils der Stempelsteuer den Anfang von etwas Grösserem.»

Philipp Felber-Eisele zum Referendum der Sozialdemokraten gegen die Teilabschaffung der Stempelsteuer. **Seite 8**

Service

Leserbriefe	8	Wetter	21
Börse	12	Berner Kultur / Kino	24
TV/Radio	20	Todesanzeigen	26

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

Inserate Goldbach Publishing AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalstar), Mail: abo@derbund.ch



Rot-grüne Verkehrslobby stellt Tramausbau infrage

Stadt Bern Tramprojekte sind nicht mehr der Goldstandard bei Rot-Grün. Dies zeigt das Nein der Stadtratskommission zum Tramgleisersatz Fischermätteli.

Bernhard Ott

Franziska Grossenbacher nimmt kein Blatt vor den Mund: «Das Tram ist nicht mehr a priori das beste Verkehrsmittel», sagt die grüne Lokalpolitikerin aus Muri und Präsidentin von VCS Bern-Mittelland. Anlass für diese klare Ansage ist das Nein der zuständigen Kommission des Berner Stadtrates zu einem Kredit von 14,6 Millionen Franken für den Gleisersatz auf der Tramlinie 6 Richtung Fischermätteli.

Laut Kommission bringt die Gleisanerweiterung dem Veloverkehr «mehr Nachteile als Vorteile». Sie hat den Gemeinderat beauftragt, einen Ersatz der

Tram- durch eine Buslinie zu prüfen. Der Konflikt zwischen Tram und Velo ist «latent und gross», sagt Verkehrsexperte Rolf Steiner. Bisher ist es aber stets gelungen, die Velobby im Stadtrat hinter Tramprojekte zu scharen, wie zuletzt etwa beim Tram Ostermundigen. Dies könnte sich künftig aber ändern.

Elektrobusse als Alternative

VCS-Präsidentin Grossenbacher nennt zwei Gründe für einen möglichen Paradigmenwechsel: das Aufkommen von Homeoffice im Zuge der Corona-Krise und die technologische Entwicklung bei den Elektrobussen. «Der VCS lehnt

einen grenzenlosen ÖV-Ausbau ab.» Besser als der Ausbau der Infrastruktur für kurze Pendlerspitzen sei die tageszeitliche Verteilung der Pendleraufkommen. Für kurze Distanzen wie etwa ins Fischermätteli oder in die Länggasse stehe der Ausbau des Langsamverkehrs im Vordergrund.

Der VCS stehe nach wie vor hinter dem Tram Ostermundigen, sagt Grossenbacher. Seither hätten sich die Rahmenbedingungen mit dem Aufkommen von Elektrobussen aber geändert. «Die Technologie entwickelt sich.» So plant Bernmobil etwa die Umstellung der Buslinien nach Bremgarten und in die Elfenu auf Elektrobussen. **Seite 15**

Mit Lärm gegen Flüchtlinge



Migration An der türkisch-griechischen Grenze bei Edirne versuchen Flüchtlinge erfolglos auf die griechische Seite zu gelangen. Athen hat vor kurzem den Grenzschutz verstärkt und versucht, die Migranten mit Schallkanonen fernzuhalten. Kritiker sprechen von Folter. (red) **Seite 3** Foto: EPA/Keystone

Der Anfang eines Superbooms

Konjunktur So etwas gab es noch nie: Sämtliche grossen Volkswirtschaften ziehen gleichzeitig davon. Obwohl die Pandemie noch nicht ausgestanden ist, deuten alle Indikatoren auf einen einmaligen Wirtschaftsaufschwung hin. Die Arbeitslosenquote geht schneller zurück als erwartet, obwohl auch die Beanspruchung der Kurzarbeit sinkt. Die Ursache für die einmalige Entwicklung liegt in der Corona-Pandemie. Um das Virus einzudämmen, wurde die Wirtschaft welt-

weit ins künstliche Koma versetzt – das Wachstum brach ein. Wenn die Einschränkungen jetzt wieder aufgehoben werden, wirkt das wie ein Dammbrech. Die aufgestauten Konsumwünsche brechen sich weltweit Bahn. Das gibt dem Welthandel neuen Schub, aber auch den Preisen. In der Schweiz ist die Teuerung deutlich angestiegen. Expertinnen und Experten gehen jedoch zumindest vorerst nicht davon aus, dass dies eine anhaltende Entwicklung ist. (red) **Seite 9**

Wie werden Parteien in der Schweiz finanziert?

Transparenzinitiative Heute werden im Bundeshaus die letzten Details zum Gegenvorschlag der Transparenzinitiative verhandelt – und es sieht danach aus, dass die Schweiz erstmals Regeln für die Finanzierung von Parteien erhält. «Der Druck kam plötzlich von überall», sagt die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, Co-Präsidentin der Volksinitiative. Die Bevölkerung wolle mehr Transparenz in der Politfinanzierung. (red) **Seite 2**

Kommentar

Ratko Mladics düsteres Werk lebt fort

Der Mann, den die einen «Schlächter vom Balkan» nennen und den die anderen als Volkshelden verehren, bleibt lebenslang hinter Gittern, das haben jetzt die Richter in Den Haag bestätigt. Das Massaker von Srebrenica, die Belagerung von Sarajevo: Ratko Mladic hat die schwersten Verbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg zu verantworten.

Das Urteil gegen ihn bringt Gerechtigkeit und Genugtuung für die Angehörigen der Opfer. Ob es der Gesellschaft des gespaltenen Bosnien-Herzegowina zu Versöhnung verhilft, ist eine andere Frage. Und auch wenn Mladic im Gefängnis bleibt: Sein düsteres Werk lebt fort. Die Teilung des Landes ist das Produkt jener «ethnischen Säuberungen», die er in den 90er-Jahren betrieben hat. Das heutige Bosnien-Herzegowina gründet sich auf den damals eingefrorenen Kriegszustand.

Der politische Klimawandel der jüngsten Zeit lässt ihn antauen. Serbenführer Milorad Dodik spielt immer ungehemmter – mit Rückendeckung aus Moskau – mit dem Szenario einer Abspaltung der serbischen Teilrepublik. Dodik leugnet den Genozid von Srebrenica, er verherrlicht die Täter von damals.

Solche vorgestrigen Nationalisten haben in der Region Zulauf, weil den Menschen Perspektiven fehlen. Ein Beitritt zur EU ist immer mehr in die Ferne gerückt, auch weil die EU verstärkt mit sich selbst beschäftigt war.

Dabei ist die Tatsache, dass Mladic 2011 überhaupt aus Serbien, wo er seinerzeit öffentlich gefeiert wurde, nach Den Haag ausgeliefert wurde, letztlich der EU zu verdanken. Brüssel hatte es zur Bedingung für weitere Aufnahmegespräche gemacht, dass beitragswillige Länder mit dem Tribunal kooperieren.

Dauerhafte Gerechtigkeit für die Menschen in Bosnien-Herzegowina hiesse, in einem Land leben zu können, das frei von Hassrhetorik ist, dessen Justiz Täter vor Gericht stellt; einem Land, das ihnen Perspektiven für sich und ihre Kinder bietet. Dies sicherzustellen, ist auch die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft.

Tobias Zick

Lebenslange Haft für Ratko Mladic bestätigt

Den Haag Das UNO-Kriegsverbrechertribunal hat die Verurteilung des früheren bosnisch-serbischen Militärführers Ratko Mladic zu lebenslanger Haft wegen Völkermords bestätigt. Mladic wird mit dem Urteil wie sein früherer politischer Weggefährte, der ehemalige bosnisch-serbische Präsident Radovan Karadzic, den Rest seines Lebens im Gefängnis verbringen müssen. (red) **Kommentar oben, Seite 4**

Bern

Nicht mehr der Goldstandard

Das Tram Die Corona-Krise und die Entwicklung elektrischer Busse machen Tram-Ausbauten bei VCS und Linksgrünen weniger populär.

Bernhard Ott
und **Fabian Christl**

Die Tram-Euphorie im Grossraum Bern ist am Abflauen. Mit der Rückweisung des Kredites zum Gleisersatz auf der Linie 6 Richtung Fischermätteli hat die zuständige Kommission des Stadtrates womöglich einen Paradigmenwechsel eingeläutet. «Wir sehen zurzeit keinen Bedarf mehr für den Bau weiterer Tramlinien», sagt Franziska Grossenbacher, Präsidentin des VCS Region Bern-Mittelland. Ausnahmen macht sie einzig für die planerisch weit fortgeschrittene Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern und das Tram nach Köniz.

Kritik am «ÖV-Ausbau»

Der VCS trete nach wie vor für den öffentlichen Verkehr (ÖV) ein, sagt Grossenbacher. Er lehne aber einen «grenzenlosen ÖV-Ausbau» ab und zweifle die Wachstumsprognosen der Behörden an. Besser als der Ausbau der Infrastruktur für kurze Spitzenzeiten sei eine tageszeitliche Verteilung der Pendleraufkommen. Dies sei durchaus möglich, wie das Aufkommen von Homeoffice im Zuge der Corona-Krise gezeigt habe, sagt die VCS-Präsidentin.

Für kurze Distanzen stehe der Ausbau der Velo-Infrastruktur im Vordergrund. «Das Ausbaupotenzial für Velo-Schnellrouten in der Region Bern ist riesig», sagt Grossenbacher. Aus diesem Grund sehe der VCS auch keine Notwendigkeit für den Bau einer Tramlinie in die Länggasse.

Bei der Fischermätteli-Linie fordert die Kommission, dass der Gemeinderat den Ersatz der Tram- durch eine Buslinie prüft. Grossenbacher begrüsst dies. «Die Buslösung wäre auch für das Fischermätteli eine gute Option.»

Vorsichtiger Experte

Der Verkehrsexperte mahnt aber zur Vorsicht: «Der Ersatz einer Tramlinie durch einen



Tram, parkierte Autos, Velo und Kinderwagen: Die Platzverhältnisse an der Cäcilienstrasse sind eng. Eine Stadtratskommission will den Ersatz des Trams durch einen Bus prüfen lassen. Foto: Adrian Moser

«Der Konflikt zwischen Tram und Veloverkehr ist latent und gross.»

Rolf Steiner
Verkehrsteiner AG

Bus muss gut überlegt werden», sagt Rolf Steiner, Mitbegründer des Planungsbüros Verkehrsteiner. Das Tram sei grundsätzlich sicherer und komfortabler als der Bus. Zudem sei der Fischermätteli-Ast Teil der Durchgangslinie Worb-Fischermätteli, was eine Aufhebung verkompliziere.

Der Konflikt zwischen Tram und Velo sei allerdings «latent und gross», vor allem in der Stadt Bern, in der die Strassenräume «eher eng» seien. Auf der Tramlinie Richtung Fischermätteli stelle die starke Steigung der Cäcilienstrasse ein grosses Problem dar. In der Regel gehe es bei den Konflikten zwischen Tram und Velo aber um den behindertengerechten Ausbau der Haltestellen, der für Velos gefährlich wer-

den könne. Die sogenannten «Kaphaltestellen» mit hohen Randsteinkanten und geringen Abständen zwischen Randstein und Schiene seien für Velofahrende eine grosse Herausforderung.

Beim Fischermätteli-Ast kann Steiner die entsprechende Argumentation der Stadtratskommission aber nicht ganz nachvollziehen. «In diesem Gebiet fahren Velofahrer eher via Könizstrasse Richtung Köniz.» Aus Sicht der Velofahrenden müsse für die behindertengerechten Kaphaltestellen eine «Typologie von Lösungen» entwickelt werden. Vorbildlich sei etwa der Umbau der Haltestelle Dübystrasse der Buslinie 10, wo der Veloweg hinter die Warteinsel für die Fahrgäste verlegt worden sei.

Die Aufhebung der Tramlinie Richtung Fischermätteli steht nicht zum ersten Mal zur Debatte. Die Forderung sei legitim, sagt Steiner. «Aber die Förderung des Veloverkehrs darf nicht über alles gehen.» Es brauche vielmehr eine Gesamtabwägung aller Aspekte.

VCS setzt auf E-Busse

Der VCS Region Bern-Mittelland steht nach wie vor hinter dem Tramprojekt nach Ostermündigen. Mit dem Aufkommen von Homeoffice und dem erfolgreichen Bernmobil-Testbetrieb von Elektrobussen hätten sich die Rahmenbedingungen aber geändert, sagt Grossenbacher. Bernmobil will die Linien Richtung Elfenau und Bremgarten auf Elektrobus umstellen. Elektro-

Kommission lehnt Tramkredit ab

Die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) des Stadtrats weist einen Kredit von 14,6 Millionen Franken für den Gleisersatz des Trams Richtung Fischermätteli zurück. Die Vorlage bringe dem Veloverkehr «mehr Nachteile als Vorteile», teilt die PVS mit. Der Kredit entspricht dem städtischen Anteil an den Gesamtkosten von 40 Millionen Franken. Der Gemeinderat soll nun prüfen, ob das Tram durch einen Bus ersetzt werden kann. (bob)

busse seien «flexibler» als das Tram und stellen für das Velo eine geringere Gefahr dar, sagt die VCS-Präsidentin. «Die Technologie entwickelt sich. Das Tram ist nicht mehr a priori das beste Verkehrsmittel.»

Die Tramkritik ist im rot-grünen Lager offenbar stark verbreitet. Offiziell bemüht man sich um Ausgewogenheit und verweist auf das Abwägen der Interessen von Velo und ÖV. Aber auf Facebook gab gestern die einstige SP-Co-Präsidentin Edith Siegenthaler ihrem Unverständnis darüber Ausdruck, dass GB-Stadträtin Katharina Gallizzi die Gleissanierung in der Kommission abgelehnt hat.

Im GB ist die Tram-Skepsis tendenziell grösser als in der SP. Dies zeigte etwa die GB-Mitwirkung zur Zweckmässigkeitsbeurteilung der ÖV-Verbindung Wyler-Länggasse. «Die Zunahme der Fahrgastzahlen ist nicht nachvollziehbar. Wenn die Nachfragezahlen tiefer ausfallen als prognostiziert, wird es vielleicht kein Tram brauchen», hält das GB fest.

Die Stadtberner Verkehrsdirektorin Marieke Kruit (SP) hielt gegenüber der «Berner Zeitung» fest, dass auf der Tramlinie Richtung Fischermätteli ein «möglichst guter Kompromiss für alle Verkehrsträger» angestrebt werden müsse.

Das ist die Verteidigungsstrategie der «Effy 29»-Besetzer

Unschuldsumvermutung und Polizeikritik Im Prozess um die Hausräumung an der Effingerstrasse kommt nun die Verteidigung zu Wort. Sie lässt kein gutes Haar an der Anklageschrift und verlangt für alle 16 Angeklagten den Freispruch.

Letzte Woche herrschte bei den Beschuldigten oft eisernes Schweigen. Bis auf zwei Ausnahmen verzichteten die 16 Beschuldigten, vor Gericht auszusagen. So wurden im «Effy 29»-Prozess kaum neue Tatsachen dazu bekannt, was während der Räumung der besetzten Liegenschaft passiert ist, als sie 2017 von der Polizei geräumt wurde. Auf dieser Unklarheit baute die Verteidigung ihre Strategie auf. In den Plädoyers der Anwältinnen und Anwälte wurde dabei vor allem auf die Anklageschrift an sich gezielt, die bestenfalls als «Verzweiflungsakt» oder «Bankrotterklärung» bezeichnet wurde. Es wurde die Einstellung des Verfahrens sowie der Freispruch aller Personen in allen Anklagepunkten gefordert.

Am Montagmorgen hat Advokat Markus Husmann vieles vor-

weggenommen, was in den weiteren Plädoyers immer wieder angesprochen wurde. «Es lässt tief blicken, dass in der Anklage kein individueller Sachverhalt formuliert wurde.» Anstatt klar anzugeben, was den einzelnen Personen zur Last gelegt werde, stütze sich die Klägerschaft vielmehr auf eine «Zauberformel» aus dem Strafgesetzbuch: die Zusammenrottung. Wer Teil von ihr ist, unterstützt all ihre Handlungen, auch wenn er sie nicht selber begeht.

Das ist der Verteidigung zu allgemein. «Wenn wir nicht mehr individuelle Schuld untersuchen und beurteilen, dann muss man sich nicht wundern, wenn der Vorwurf laut wird, es handle sich um einen politischen Prozess», sagte Husmann. Er warf der Staatsanwaltschaft vor, sie tap-

pe in unzähligen Fragen im Dunkeln. «In diesem Verfahren herrscht eine frappierende Beweislosigkeit.»

Kritik an Polizeieinsatz

Es gilt als unbestrittener Fakt, dass der Polizei bei der Räumung der Liegenschaft heftige Gewalt entgegen geschlug. Von wem die ausging, kann die Verteidigung nicht sagen. Jedenfalls nicht von ihren Klientinnen und Klienten, ist sie sich sicher. Denn dafür gebe es keinerlei Belege. «Eine Zusammenrottung in einem so grossen Haus ist kaum nachweisbar», sagte Husmann. «Man kann schliesslich nicht durch Wände schauen.»

Als die Gewalt abebbte, wurden die Angeklagten jedoch im Kreis sitzend in einem Zimmer der oberen Stockwerke von der

Polizei aufgefunden. Für die Klägerschaft ein klares Zeichen, dass die vorgefundenen Personen als Kollektiv gehandelt haben. Die Verteidigung nimmt dies jedoch als Anlass, um den Polizeieinsatz zu kritisieren.

Die im Haus anwesenden Personen hätten gar keinen anderen Weg gehabt, als sich in einem der oberen Stockwerke zu versammeln. Eine Möglichkeit, sich zu ergeben und sich vom Geschehen zu distanzieren, sei durch das Vorgehen der Polizei nicht möglich gewesen. «Drunten ist Tränengas, und von draussen wird auf alles geschossen, was sich bewegt. Es begibt sich doch niemand ins Treppenhaus, wenn dort kriegsähnliche Zustände herrschen», sagte Rechtsanwalt Matthias Münger am Dienstagmorgen. Kollege Diego Gfeller ergänzte: «Die

Personen haben sich nicht zusammengedrängt, sondern wurden zusammengepfercht.»

Aktivistische Anwälte

Nach dem zweiten Tag der Verteidigungsplädoyers bleibt weiterhin unklar, was während der zweieinhalbstündigen Räumung tatsächlich passiert ist. Dies auch, weil die Beschuldigten vergangene Woche aus der Schussbahn genommen wurden. Durch ihre Aussageverweigerung wird der Klägerschaft keine Möglichkeit für neue Angriffsfläche geboten. Das Einzige, was bleibt: das Schweigen als Schuldgeständnis zu interpretieren. Diesem Eindruck wurde in den Plädoyers der Verteidigung entgegengewirkt. «Zuzulassen, dass das Schweigen als Anzeichen einer Schuld dienen kann, ist

gleichbedeutend mit einer Einschränkung des Selbstbelastungsverbots», sagte Advokat Christian von Wartburg.

Der Redebedarf der Advokaten war deutlich höher als jener ihrer Klientinnen und Klienten. Teils kam es zu Ausschweifungen. So liess sich Rechtsanwalt Stephan Bernard in seinem Plädoyer zu einem glühenden Manifest gegen zunehmenden Häuserleerstand und für die Besetzung als «politische Notwehr gegen diesen Trend» hinreissen. Einzelrichterin Bettina Bochsler liess ihn gewähren. Bochsler steht bis am 17. Juni jedoch eine unangenehme Aufgabe bevor. Denn egal, was sie dann für ein Urteil fällen wird, es stösst garantiert auf Kritik.

Martin Erdmann